

Bezugspreis:
Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M.
Jahrespreis 100.- M.
Einzelhefte 3.- M.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 53-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Montag, den 13. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Einzelheftpreis:
Die achtgeheften Kompartiments-
ausgabe 'Aletine Ungeheuer'
kostet 2.50 M.
'Alteine Ungeheuer'
kostet 1.50 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Haus gedruckt, Berlin SW 68, Linden-
str. 3, abgegeben werden.
Befristet
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Heute 5 Uhr Protestdemonstration!

Fort mit Kahr!

Die werktätige Bevölkerung Berlins wird heute nach-
mittag gegen die bayerischen Zustände demon-
strieren, und man darf annehmen, daß alle Volkskreise,
denen nicht durch reaktionären Parteianatismus der Sinn
für Gerechtigkeit und Menschlichkeit verloren gegangen ist, mit
ihrem Herzen an diesen Kundgebungen teilnehmen werden.

Aber diese selbe Behörde vermag nach der andern Seite
hin doch zu zeigen, daß Bayern nicht immer der von allen
Reaktionären gerühmte 'Ordnungsstaat' ist. Die eines jungen,
hoffnungsvollen Führers beraubte, in ihrem Rechtsgefühl
aufs tiefste getroffene Münchener Arbeiterschaft
will ihrer Trauer über den Verlust ihrer Entrüstung über den
politischen Mord Ausdruck geben: der Münchener Polizeipräsident
Pöhner verbietet ihr alle Kundgebungen, er
bedroht sie mit der Anwendung aller verfügbaren
Mittel, und zeigt den Ernst dieser Drohung durch kriegerische
Märsche, die das Blut in den Adern erstarren lassen.

Wer die Vorgänge des letzten Sonnabend miterlebt hat,
wer gesehen hat, wie Herr Pöhner die Rohre seiner Panzer-
autos und die Lanzen seiner Reiter drohend gegen eine Men-
schenmenge richten ließ, die nicht die geringste Ausschreitung
beging und der Aufforderung ihrer Führer, ruhig nach Hause
zu gehen, mit bewunderungswürdiger Disziplin folgte, der
mag wartepolitisch stehen, wie er wolle - wenn er ein recht-
lich denkender Mensch ist, wird er für dieses System kein Wort
der Beurteilung mehr zu scharf finden. Selbst die Erlasse und
Vorbereitungen eines Jagow gegen die Berliner Wahlrechts-
versammlungen halten mit dieser Infamie der Provo-
kation einen Vergleich nicht aus.

Heute wollten sich die Münchener Arbeiter auf der The-
renwiese versammeln, um sich in geordnetem Zug nach dem
Ostfriedhof zu begeben, wo die Beisetzungsfeier des Ermordeten
erfolgt. Auch diese einfache Kundgebung der Trauer ist vom
Polizeipräsidenten mit der landesüblichen Drohformel ver-
boten worden, und die Arbeiter werden sich nun von ge-
schlossenen Lokalen aus gruppenweise nach dem Friedhof be-
geben. Es liegt auf der Hand, daß die ursprüngliche Anord-
nung, die durch das Verbot des Polizeipräsidenten durchkreuzt
wurde, gerade im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe
und Ordnung die weitaus zweckmäßigere war, denn es ist
viel leichter, die Einmischung unläuterer Elemente zu verhin-
dern, wenn die gesamte Masse unter der Leitung ihrer Ordner
bleibt, als wenn sie sich in zahlreiche, unübersichtliche Einzel-
züge auflöst, die bei der begreiflichen Erbitterung der Massen
viel leichter zu Zusammenstößen führen könnten.
Nicht bei den Anordnungen des Münchener Polizeipräsidenten,
sondern nur bei der Disziplin der Arbeiter liegt die Hoffnung,
daß der heutige Tag in München unbloodig verlaufen wird.

Was der in München auf die Spitze getriebene Kampf
für ganz Deutschland bedeutet, das zeigt schon ein
Wid in die Berliner Rechtspreffe. Von Bayern aus will die
Reaktion das ganze Reich erobern, daß die Regierung Kahr-
Pöhner bleibt, ist eine entscheidende Frage für alle ihre wei-
teren Pläne. Darum die tendenziöse Berichterstattung, die
den Streik als zusammengebrochen schildert, die wüste Stimm-
ungsmache gegen die Münchener Arbeiterschaft, die unter
schweren Hohn über das letzte Mittel anwendet, um ihrer
Verzweiflung über die schändlichen Zustände Ausdruck zu ge-
ben, die aus den Fingern gefogene Behauptung, Gareis sei
gar nicht das Opfer eines politischen Attentats, sondern
einer Eifersuchtsorgie. Nicht das Gerücht liegt vor, um
diese Behauptung zu rechtfertigen. Dagegen weiß man, daß
Gareis in der letzten Zeit zahlreiche Drohbriefe er-
halten hatte des Inhalts, wenn die Einwohnerwehr aufgelöst
werde, dann werde er das nicht überleben. Am Tag nach dem
Mord fanden viele Mitglieder der Einwohnerwehr in ihrem
Briefkasten Zettel mit der Aufforderung, ihre Waffen nicht
abzugeben, bereits abgegebene wieder zurückzuholen. Viel-
leicht würde es sich lohnen zu untersuchen, ob nicht zwischen
dieser Aktion und dem Mord an Gareis ein Zusammenhang
besteht. Aber so wenig die Münchener Polizei Zeit hat, Mör-
der zu suchen, so wenig hat sie auch Zeit, die Urheber von Auf-

Arbeiter, Parteigenossen!

Die ruchlose Mordtat in München, ein Aus-
sfluß des reaktionären Regierungssystems Kahr-
Escherich und eine Folge der monatelangen Dul-
dung reaktionärer Gewalttaten durch den Po-
lizeidirektor Pöhner, hat die Entrüstung der Ar-
beiterschaft in hellen Flammen emporschlagen
lassen. Das bayerische Proletariat demonstriert
in gewaltigen Proteststreiks gegen die Regie-
rung Kahr, die wohl bereit ist, den gerechten
Zorn der Arbeiter mit Maschinengewehren
niederzuschlagen, aber weder dem Mörder noch
seinen Hintermännern bisher ein Haar ge-
krümmt hat.

Es gilt, den bayerischen Genossen Sympathie
und Solidarität zu beweisen. Deshalb erscheint
in Massen zu unseren heutigen Protestkund-
gebungen, die um 5 Uhr nachmittags in folgen-
den Lokalen stattfinden:

- Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.
Brauerei Königstadt, Schönhanjer Allee.
Germaniasäle, Chausseestr. 110.
Prachtsäle des Westens, Spidjerstr. 3.
Kammerjäle, Teltower Straße.
Aliens Festsäle, Hasenheide.

Aus den Versammlungen werden die Massen
in Demonstrationszügen nach einem noch zu be-
stimmenden Platz marschieren und dort in ge-
meinsamer Schluchkundgebung den
Kampf ansagen den gegenrevolutionären
Mächten, denen feiger Menschenmord ein zu-
lässiges Kampfmittel ist.

Gestaltet die Kundgebung zu einem wuchsi-
gen und würdigen Protest.

Der Bezirksvorstand der SPD. Groß-Berlin

sorderungen zu Ungerechtigkeiten ausfindig zu machen, die
aus Gründen der auswärtigen Politik für das ganze Reich ge-
fährlich sind.

Ja, es handelt sich nicht nur um Bayern, sondern es han-
delt sich um das ganze Reich. Das haben die Berliner Ar-
beiter klar erkannt, und es ist zu wünschen, daß diese Erkennt-
nis in alle Kreise dringt, denen die Erhaltung der Republik
am Herzen liegt, und die ein Sichüberheben der Klassen-
gegenseite in blutige Gewalttaten vermeiden sehen wollen.
Mögen sich auch die bürgerlichen Parteien des
Ernstes der Stunde und ihrer Verantwortung bewußt sein.
Sie sind in Bayern allesamt Träger und Stützen des Systems
Kahr-Pöhner, sie können jetzt, nach all den Früchten, die dieses
System gezeitigt hat, die Entschuldigung des Irrtums nicht
mehr für sich geltend machen.

Sie mögen dem bayerischen Generalstreik mit gemischten
Gefühlen gegenüberstehen, die plumpen Versuche des in
Bayern ganz bedeutungslos gewordenen Kommunismus, 'die
Bewegung weiterzutreiben', mit unbegründeter Sorge betrach-
ten - sie werden nicht vergessen dürfen, daß es ein fürchtbarer
Druck war, der den Gegendruck des Generalstreiks erzeugte
und daß nichts geeigneter ist, die Massen einer überrationalen
Agitation zugänglich zu machen als eben das System Kahr-
Pöhner. Die Anbahnung gelunder Zustände im Reich und
einer Politik der Beruhigung nach außen, wie sie die

Reichsregierung will und wie sie von der Mehrheit
des Reichstags gebilligt worden ist, wird immer wieder auf
unübersteigbare Hindernisse stoßen, solange dieses System be-
steht.

Wenn wir in Berlin hier alles tun, um die Bewegung
in Bayern moralisch zu unterstützen, und wenn wir auf diese
Weise wieder einmal für die Reichseinheit demon-
strieren, die von dort her bedroht wird, so verkennen wir nicht,
daß die Entscheidung in Bayern selbst fallen muß.
Sie wird nicht fallen durch den Generalstreik, der nur dazu
dienen soll, die Gewissen wachzurütteln, sie kann nur erfolgen
eben durch das Erwachen des Volksgewissens, durch
die alle Kreise durchdringende Erkenntnis, daß es so wie bis-
her nicht weitergeht! Indem die bayerische Arbeiterschaft den
Kampf gegen das System Kahr-Pöhner aufnimmt, kämpft sie
für das blutig getränkte Recht, für die freiheitliche Entwick-
lung des Volkes, für den Schutz des republikanischen Staats-
wesens. In diesem Sinn stimmt auch die Berliner Ar-
beiterschaft in den Ruf mit ein, der heute durch ganz Bayern
geht:

Fort mit Kahr!

Der bayerische Generalstreik.

Vollkommene Arbeitsruhe in Nürnberg.

Nürnberg, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.)
Hier ist der Streik allgemein. In den Großbetrieben ruht die
Arbeit vollständig, auch die Straßenbahn verkehrt
nicht. Ueberall wird die Parole der beiden sozialistischen Parteien
mit großer Einmütigkeit befolgt. (Die USPD hat sich viel
weitergehende Ziele gesetzt als die beiden sozialistischen Parteien
und streift auf eigene Faust.) Der einmütige Verlauf des Streiks
zeigt, daß die sozialistische Bevölkerung ihren Mann steht, wenn es
heißt zu demonstrieren gegen Gewalt, gegen Mord, für Recht und
Gerechtigkeit. Die Nürnberger Arbeiterschaft wirft alle Mahnungen
der Stinnes und Konsorten, der Kahr und Escherich beiseite, obwohl
diese alle Eigenregister über die Vorgänge in München und über
den Generalstreik aufziehen. Es wird von bürgerlicher Seite das
Märchen verbreitet, daß Gareis das Opfer der Eifersucht (!) ge-
worden sei, aber dieses Märchen widerspricht der Meinung des süd-
bayerischen Korrespondenzbureaus, wonach es noch immer nicht
gelungen ist, von dem Täter eine Spur zu finden, geschweige
denn diesen festzunehmen.

Koburg, 13. Juni. (WB.) Die Arbeit ruht in fast
allen Betrieben. Straßenbahn, Gas-, Elektrizitäts- und
Wasserwerk liegen still. Die Zeitungen sind nicht erschienen.

Ganz Bayern im Streik.

München, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.)
Der Streik dauert hier in unvermindelter Stärke fort, er hat sich
auf ganz Bayern ausgedehnt. Heute nachmittag werden
auch die Straßenbahnen den Betrieb einstellen.

Die 'Münchener Post' soll unter Vorzensur gestellt
werden. Pöhner hat seine Leute nach der Redaktion geschickt und
die Vorlegung der Plattenabzüge verlangt, bevor Druck-
erlaubnis erteilt wird. Die Redaktion erklärt, sich dieser Anordnung
nicht fügen zu wollen, bleibt sie bestehen, so wird die 'Münchener
Post' heute nicht erscheinen.

Zur Teilnahme an der Beisetzungsfeier des ermordeten
Abgeordneten Gareis wollten sich heute die Arbeiter auf der
Therenwiese versammeln, um sich von dort in geordnetem Zuge
nach dem Ort der Beisetzungsfeier, dem Ostfriedhof, zu begeben.
Auch diese Kundgebung ist von Pöhner verboten worden.
Man wird sich daher in geschlossenen Lokalen versammeln und von
dort gruppenweise nach dem Friedhof ziehen.

Die polizeilichen Vorbereitungen sind enorm und gegen den
Sonnabend womöglich noch verstärkt worden. Die sozialdemo-
kratische Parteiführung wird daher alles aufbieten, damit die heutige
Trauerkundgebung in veränderten Formen ruhig und in aller
Würde verläuft.

Der Streiksonntag in München.

München, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.)
Der Streiksonntag in München ist im allgemeinen ruhig
verlaufen. Die bürgerliche Presse brachte ein gemeinsames Blatt
heraus, in dem sie gegen die Generalstreikidee Sturm
trieb. Das Extrablatt schreibt:

Der Generalstreik ist inzwischen völlig entartet und schwe-
rlich braucht (!) worden. Man hat das Recht, von einer
Herabwürdigung anständiger Gefühle (!) zu
sprechen und alle Streikenden darauf aufmerksam zu machen, daß
sie wissen sollen, ob sie sich bewußt zum Werkzeug von
Plänen (!) machen lassen, von denen bei Ausbruch des Streiks
überhaupt keine Rede war.

Dieses Extrablatt der bürgerlichen Presse und das Verbot der
Polizeidirektion Pöhner, die angekündigten Montagsversammlungen
und den Trauerzug abzuhalten, haben eine starke Erregung



in der Arbeiterschaft ausgeübt. Zu Ausschreitungen ist es aber nirgends gekommen. Das Streikbild in München war durch die Sonntaglichkeit des Stadtbildes wesentlich vermindert. Es verkehrte ein Teil der Straßenbahn, ebenso war ein Teil der Gaststätten und Hotels geöffnet.

Die Einheitslichkeit der Streikleitung konnte im allgemeinen aufrechterhalten werden. Am Sonntag vormittag erklärten allerdings die Kommunisten, daß sie weiterhin mit der polizeilichen Streikleitung nicht zusammenarbeiten könnten, weil die Sozialdemokratie die Geschlossenheit der Bewegung durch ihr „ständiges Nachgeben (!) gegenüber der Polizeidirektion“ gefährde. Abends um 9 Uhr jedoch erklärten sie, daß sie wieder bereit wären, in die Streikleitung einzutreten. Auf das Verbot für den Montag angekündigten Veranstaltungen durch die Polizeidirektion verfuhr die Streikleitung, abends 6 Uhr beim Ministerpräsidenten Kahr vorzusprechen. Herr Kahr ließ sich jedoch verleugnen. Daraufhin begab sie sich zum Polizeipräsidenten Böhmner. Dieser äußerte, er wäre durch das Programm von Massenversammlungen und einer großen Trauerkundgebung „überrascht“ worden. Der Generalfreiwilser sei „nicht notwendig“ gewesen. Der Impuls der Massen wäre „nicht vorhanden“ (!) gewesen. Das Verbot sollte den Arbeitern, die gegen den Streik seien, das Rückgrat stärken. Seine Handlungsweise würde vollkommen gedeckt werden durch das Ministerium des Innern und die Staatsregierung. Er habe kein Bedürfnis, den 7. November 1918 zu residieren. Er wolle keine Renaufgabe von Eisners Begräbnis. Hierauf machte ihn Unterleutnant auf die ungeheuer ernste Lage und die Erbitterung aufmerksam, welche die Arbeiterschaft nach Bekannwerden des Verbotes ergriffen hat, und ersuchte, in irgendeiner Form eine Berücksichtigung des erlassenen Verbotes im Interesse der gesamten Bevölkerung Münchens vorzunehmen. Die Sitzung verlief resultatlos.

### Proteste gegen den Mord.

Wien, 12. Juni. (W.T.B.) Die gestrige Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrates wurde von Dr. Adler mit einer Sympathieumgebung für die bayerische Arbeiterschaft eröffnet, in der er ausführte, die gemeinsame Aktion des Münchener Proletariats sei ein Zeichen der Hoffnung, daß auch in Deutschland die Kampfkraft des Proletariats für die Selbstbestimmung der Genossen wiederum gestärkt werde. Auf Antrag Dr. Adlers wurde einstimmig die Absendung eines Telegramms an den von dem Proletariat Münchens eingesetzten gemeinsamen Ausschuss beschlossen, in dem der Kreisarbeiterrat dem klassenbewußten Proletariat Bayerns sein tiefstes Mitleid aus Anlaß der Ermordung des Abgeordneten Garais ausdrückt.

Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratischen Partei sandte an die unabhängige sozialdemokratische Partei in München ebenfalls ein Beileidstelegramm.

Frankfurt a. M., 12. Juni. (R.) Ueber das Thema: Neues Deutschland — Neues Europa sprach Hermann Wendel in einer öffentlichen Volksversammlung im Schumann-Theater. Er ging in seinem Referat auch ein auf die meuchelmörderische Tat der bayerischen Reaktion. Die Versammlung nahm hierzu einstimmig eine Protestresolution an.

### Anstellungsbedingungen der Schutzpolizei.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat folgende Große Anfrage der Abgeordneten Braun, Hellmann, Krüger-Potsdam, Heller und Genossen im preussischen Landtag eingebracht:

Ist der Herr Minister des Innern bereit, den Landtag Auskunft über die Anstellungsbedingungen der Schutzpolizeibeamten zu geben und die Gründe mitzuteilen, aus denen sich gegen den Erlass des Ministers vom 10. Mai 1921 bei allen Schutzpolizeibeamten ein starker Widerstand entwickelt hat?

Trifft es zu, daß dieser Erlass die ursprünglich festgesetzten Anstellungsbedingungen ausschließlich zugunsten der Offiziere geändert hat?

Hat sich das Reichsministerium des Innern mit dem Erlass einverstanden erklärt?

Das Ministerium des Innern behauptet in einer Zuschrift an uns, daß der Widerstand gegen die Anstellungsbedingungen nur von

einer kleinen Gruppe Berliner Beamten ausginge, während die großen Verbände ihr Einverständnis erklärt hätten. Es wird so nun Gelegenheit sein, die Angelegenheit in voller Deffektivität vor dem Landtag nachzuprüfen.

### Kommunistischer Zusammenbruch im Mansfelder Kreis.

Halle a. S., den 13. Juni. (Allgemeiner Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Sonntag fanden Kreisstagswahlen für den Mansfelder Kreis statt. Sie brachten eine Wahlbeteiligung von noch nicht 50 Proz. Der Zusammenbruch der KPD ist katastrophal. Von 21887 bei der letzten Preußenwahl erhaltenen Stimmen rettete diese Partei nur 6719. Nur infolge des Parteischiebens der anderen sozialistischen Parteien wurde eine vernichtende Niederlage der Arbeiterklasse verhindert. Es stehen jetzt im Kreisstage 15 Vertreter der Linksparteien gegen 11 Vertreter der Rechten. In den Kreisstag entsandten die SPD, 5, die USPD, 3, die BVP, 7, der Bürgerblock 10 und das Zentrum 1 Abgeordnete. Bisher herrschten im Kreisstage die Kommunisten mit absoluter Mehrheit. Sie verlieren von 13 Mandaten 6. Die SPD gewinnt 3, die USPD, 2 und der Bürgerblock 1. An Stimmen erzieht die SPD, 4533, die USPD, 2334, die BVP, 6719, die vereinigten Bürgerlichen Listen 9500 und das Zentrum 1067.

### Verhandlungen Loucheur — Rathenau.

Paris, 13. Juni. (W.T.B.) Wie der Außenminister des „Petit Parisien“ Philippe Millet aus Mainz berichtet, fand gestern in Wiesbaden eine Begegnung zwischen Loucheur und Rathenau statt. Er bemerkt, daß diese Begegnung den Alliierten Regierungen mitgeteilt wurde und daß bei derselben weder über die oberschlesische Frage, noch über die Sanktionen am Rhein gesprochen wurde.

Paris, 13. Juni. (G.E.) Die Unterhaltung dauerte insgesamt 5½ Stunden. Zweimal verfuhr Rathenau das oberschlesische Problem anzuschneiden. Er wollte darlegen, daß diese Frage wirtschaftlichen Charakter habe. Wenn das Industriegebiet von Oberschlesien Polen zuziele, so würde Deutschland einen Kohlenmangel haben. Loucheur ließ sich nach dem „Petit Parisien“ nicht auf dieses Gebiet hinüberführen und er erinnerte Rathenau an die Bestimmung des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland 15 Jahre hindurch die oberschlesische Kohlenlieferung durch Polen sicherte. Zudem sei dies eine politische Frage, und er habe nicht die Aufgabe, über solche zu verhandeln.

Rathenau wandte sich dann als erstem Beratungsgegenstande der 25prozentigen Ausfuhrabgabe

zu. Er konnte noch keinen festen Vorschlag auf Abänderung dieses Abgabens machen, doch teilte er Loucheur mit, daß er dem System von London das Pariser System vorziehen würde, bei welchem die festen Jahresraten höher wären. Außerdem wünscht Rathenau, daß das System der Schuldverschreibung, wie es in London beschaffen wurde, durch ein anderes ersetzt werde, wonach Deutschland selbst Anleihen auf dem Weltmarkt begeben könnte. Loucheur gab ihm zu verstehen, daß Deutschland sich nicht die Hoffnung machen dürfe, derartige Anleihen würden von den Alliierten garantiert werden.

Rathenau erörterte sodann ausführlich die Naturalleistungen,

indem er darauf hinwies, daß bei der gegenwärtigen Voluta dies für Frankreich wie für Deutschland Leben und Tod sei. Loucheur wies Rathenau auf die großen Schwierigkeiten hin, die bei den Naturalleistungen zu überwinden seien. Insbesondere drang er darauf, daß derartige Lieferungen nicht im gleichen Maße gezahlt werden, in dem sie erfolgen, sondern wie dies bei der Industrie allgemein üblich ist, daß die Bezahlung auf mehrere Jahre verteilt würde. Keinesfalls aber dürfe von Frankreich innerhalb eines Jahres für Lieferungen mehr gezahlt werden als die jährlichen Leistungen Deutschlands in Geld ausmachen; denn wenn Frankreich mit barem Gelde der Bezahlung der deutschen Lieferungen nachhelfen müßte, so hätte es wenig Interesse an ihnen. Wenn

dagegen die deutschen Lieferungen einen Ratevorschlag auf die künftige Jahreszahlung bedeuten würden, so könnte sich Frankreich mit diesem Projekt abfinden. Loucheur fragte Rathenau, ob es nicht möglich wäre, sich gewisser Einkaufsgesellschaften als Vermittler zu bedienen, so daß Deutschland in der Lage wäre, die Zahlung auf mehrere Jahre zu verteilen. Die Besprechung wandte sich dann der Frage der

Holzhäuser

zu, wobei Loucheur darauf drang, daß der Preis für diese vermindert werde.

Einem Vertreter des „Matin“ in Wiesbaden gegenüber äußerte sich Loucheur selbst über die Unterredung mit Rathenau. Wir sind auf dem Gebiet der Allgemeinheiten verblieben. Morgen früh werden wir in die Details übergehen. Gegenwärtig kann ich nur sagen, daß ich in Rathenau, den ich zum ersten Male gesprochen habe, einen Menschen fand, der von den besten Absichten besetzt ist, und der den deutschen Willen hat, zu bekunden, daß die Unterzeichnung Deutschlands von diesem respektiert werden muß.

Heute will Loucheur drei oder vier Punkte, die ihm besonders interessieren, mit Rathenau diskutieren und zwar: die Rück-erstattung des von Deutschland während des Krieges beschlagnahmten Industriematerials, worüber schon seit langem Verhandlungen mit der deutschen Regierung schweben, die Rückerstattung des Mobilars und des Viehs und endlich die Lieferung der Holzhäuser.

### Die Entwaffnungsfrage in Oberschlesien.

Paris, 13. Juni. (G.E.) Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ meldet aus dem Hauptquartier Korsantys: Das Programm, das auf Grund von Konferenzen zwischen Alliierten, Deutschen und Polen durchgeführt werden soll, lautet wie folgt:

1. Am 14. Juni beginnen die Truppen der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes die Entwaffnung. Die am 22. Juni durchgeführt sein muß.

2. Je nach Fortschreiten dieser Entwaffnung übernehmen die alliierten Truppen die Garnisonen in dem Abstimmungsgebiet.

3. In Abänderung der Korsantys-Linie soll eine neutrale Zone geschaffen werden, die die Insurgenten und die deutschen Truppen vollständig trennt.

4. Jede der beiden Zonen wird durch Militärstreitkräfte geschützt sein. Im Korsantys-Gebiet werden nur Polen für die Polizei rekrutiert, im deutschen Gebiet Deutsche.

5. Angriffsakte von beiden Seiten werden im Verlaufe der Entwaffnungsperiode oder späterhin das ganze Abkommen unwirksam machen. Die alliierten Truppen würden in einem solchen Falle zur Gewalt greifen.

Den letzten Nachrichten zufolge haben die deutschen Delegierten das Abkommen angenommen. Seitdem das Gerücht verbreitet wurde, daß Korsantys dem Abkommen zugestimmt habe, ist heller Aufbruch in seinen Reihen eingetreten und sichtbar Zeichen der Desorganisation machen sich bemerkbar. Man wirft Korsantys vor, daß er im Interesse internationaler Kapitalisten handle. Diesen Zustand haben die Kommunisten benutzt, um Unruhe in seine Reihen zu bringen. Einzelne dieser Agitatoren wurden bereits gefangen gesetzt und vor ein Kriegsgericht gestellt. Diejenigen, die mit dem Abkommen Korsantys unzufrieden sind, stellen sich hinter einen gewissen Hauptmann Adolf Hauke, der Kommunist ist und sich zum Oberkommandierenden der Insurgenten gemacht hat. Er wurde verhaftet, ebenso mehrere Mitverschworene. Allerdings mußten sie alle am gleichen Tage wieder entlassen werden. Hauke soll es sogar gelungen sein, mit seinen Soldaten Korsantys Haus mit Maschinengewehren zu bedrohen. Korsantys wurde aber aus dieser Gefangenschaft befreit, was allerdings nur dadurch möglich wurde, daß er zunächst vom Balkon aus die Mitteilung machte, daß Hauke und seine Soldaten strafflos ausgehen würden.

Korsantys hatte am Sonntag mehrere Besprechungen mit militärischen und politischen Bevollmächtigten der Alliierten, in denen er besonders Amnestie für die Insurgenten verlangte.

Der König von Griechenland ist in Smyrna eingetroffen. Er begab sich sofort an die griechisch-türkische Front.

### Tagores Sendung und Blendung.

Von Max Hochdorf.

Tagore, der als Inder Dichter und Erzähler einer weichen, unterrichtenden, über alle Zeiten und Landesgrenzen gültigen Banalität huldig ist, banal, weil ihm die eroberte Phantasie fehlt. Die Ereignisse in der Kinderseele, die Zustände im bürgerlichen Hause, die Vermittlungen im Gedankendrama, die er erfindet, die er umbrämt, die er andeutet, die er gestaltet sind alle ein sanftes Echo von schon vorhandenen Welten der Erfindung. Dieser Mann des Ostens hat als Träumer und dichter Phantast einen beengten Europäerhorizont. Von den Genies seiner Heimat hat er nur historische philologische Eindrücke gewonnen, nicht aber eine ungeheuer weitertreibende Kraft des Poetischen. Sein Kopf ist dankbar, sein Gefühl ist Ergebenheit, sein Temperament ist Abklärung, aber auch Mattigkeit. Er lebt mehr in der Predigt als in der Poesie. Er ist mehr erbauend als schöpferisch. Da er jedoch mit weicherer Feinheit alles das pflegt, da ihm der Kampf zwischen dem Gewollten und Geformten erspart bleibt, und er in einer angenehmen Gleichzeitigkeit des Geistes, die zum edelsten Diktatismus gehört, sein Werk betreibt, gefällt er allen Unruhigen, allen Gequälten, allen Bestlichen, allen Beschäftigten, denen die Freiheit zum Alleinsein und Ruhigsein als der kostbarste Traum erscheint. Tagore hat ein Stück Leben, das uns Europäern ganz verloren ging, zu seiner Lebensform und zu seiner Kunstform gemacht. Die Würde des edlen Weltbürgers oder des imposanten Ostens mit Prophetenmanieren, das ungezwungene Priesterliche, das nicht stolz, sondern unabhängig blüht, diese ganze bei Europäern heute so seltene Menschenhaltung, die sich von der Kriegerhaltung, von der Bettlerhaltung, von der Schieberhaltung, von der Literatenhaltung und aufgedornerten Staatsmann- und Diplomatenhaltung unterscheidet, das gefällt so außerordentlich an Tagore. Und man merkt kaum, daß er einen Ueberfluß von Selbstverständlichkeit, sogar von süßlicher Einfalt und ermüdendem Alltags ausbreitet. Die zweifelsfreie, non dem Ueberfluß an Historie und von dem Mangel an Eigenart eben herkommende Hausbackenheit und Philisterei dieses Mannes ist nicht schwer zu erkennen. Nicht um etwas Großes eigenständig zu zerbrechen, sondern nur, um der Berechtigung zu dienen, sagt der Beobachter, daß die Herren des Nobelpreises ihrem zaghaften, ihrem nicht jungen, ihrem der Blut des Genies behafteten ausweichenden Gemüt folgten, als sie den Preis und Preisgestalt auf Tagore legten. Es ist unklar, lächerlich und gar nicht diskutabel, wenn Tagore mit Tolstoi verglichen wird. In Russland der ungeheure Gestalt wider Willen, in Bengalen der mühselige Schriftsteller, der seine Feder fleißig hält.

Tagore ist Wahrheitsfreund und Sittentehrer, Führer zur Weisheit, Gefährte für den Weg zu Gott. Er ist es, aber er ist es

mit höchster Konfessionsräumlichkeit. Für den Besessenen ist er der ansäuglich wiederhallende Herold jahrtausendalter Orientweisheit. Er ist ein Journalist für Upanishadenpropaganda, ein Entleiher, ein Anlehner, wenn auch ein Ergreifer und Umbäuer. Nicht mit Bewußtsein blendet er Europa, sondern er täuscht sich über seine Sendung, weil er nur mit geringer Hellsehigkeit in europäische Geistesverfassung und Gesellschaftsordnung hineinzuwinkeln vermag. Die Einfuhr, die er an sich selber verführerisch übt, die er seinen Nebenmenschen einprägen möchte, ist im Grunde verkapptes, romantisches Patriarchentum, das wieder Hergentum erzeugt. Seine Ethik verlangt von Menschen alle Beugung des Kleinen, des Rareren, es ist Ethik für Kleinrentner, für Kleinbauern, für Willkürnäre aber auch. Wenn das Pythagoräische und das Tolstoianische Wort, das wieder mit dem tiefsten Satz des Bhagavad-Glute zusammenhängt, richtig ist, dann ist die Welt nicht aus Menschen, sondern der Mensch aus Welten zusammengesetzt. Der sittliche oder religiöse Mensch muß aber erzogen werden, um diese Weltenbuntheit in sich reichlich zu entdecken. Tagore will die Welt durch die Menschen verbessern, indem er alles Opfer und jeden Kampf von Menschen verlangt. So hat sich in den Jahrtausenden bisher jede Rückständigkeit gerechtfertigt. Es ist aber, wie etwa der Prediger des stillen Sozialismus sagen würde, menschenfreundlicher, den Versuch zur Vermehrung der Menschenfreude durch Vermehrung der erfreulichen Welten zu machen. Vielleicht sagen Tagores heutige Anhänger, die übrigens schon seit Jahrtausenden lebten, daß solche Abwehr der Seelenenergie eine banaische Noheit ist. Dann mag ihnen behutsam erwidert werden, daß der Beobachter der Tagore'schen Moral unheilbar mißtrauisch bleibt, weil er im Menschen immer nur Menschliches, niemals aber Uebermenschliches gesehen hat. Ob ein Weisheitslehrer gestalten will, daß der Mensch aus Heldenkraft unmoralisch sei oder übermoralisch, es ist immer die gleiche, gefährliche, blendende Ethik.

Tagore liebt die Breite. Der Sinn seiner Lehre wurde hier etwas verdichtet. Der Kern nur wurde getroffen. Das hindert nicht, daß hier und da aus diesem schönen Haupt auch sekundenlang Einschmeißelndes entspringt.

Weber-Feder I. Es war nur ein Vorspiel zur Feier, eine philologische, etwas kleinbürgerlich-langweilige Angelegenheit im Opernhaus. Die „Preziosa“, die vor 100 Jahren, kurz vor dem „Freischütz“, herauskam, wird nicht mehr jugkräftig werden, trotz der hornseiligen, auch waldfrischen Instrumentation, trotz Klotter, abgemeinerter rhytmischer Chöre. Die wurden vom Staatsopernchor prachtvoll, sauber, mit ledern Schwung herausgesungen. Den Text mitzudenken sprach der Philologe und Regisseur Droscher, und Genia Gussakowicz deklamierte mit richtig singendem Ton, sang mit schwärzend hinaufgezogener Deklamation ihr einfaches Liedchen. Vor der Bühne Webers prangten die Wannen und schleiften ihre trockenen Rehen. Die Preziosa-Lang-Suite soll leben, ohne Aktion,

ohne Deklamation, ohne Aufwand. Bräut man aus, so hole man die Lustigkeit der drei Pintos her und lasche in den Rasker-Biograpphen danach, wie das anzupacken wäre. Etwa dirigiert zu Beginn die Curanto-Ouvertüre, die — seit der berühmten Voss-Aufführung — immer noch den Generalprobenstempel trägt. Und Michael von Zadora spielte die Phantastie äußerst virtuos, wirkend, schimmernd, nachdem er in Busonischer Haltung die Einleitung herausgestochen hatte. Heraus aus dieser echt deutschen Feier, aus dieser gefälligen Vierzehnerbühnen-Aktion! Gebt uns Wald und Sonne und Agathe und einen Blick in die romantisch verzauberte Welt! Wer anders Weber feiert, ist unglücklich oder unbegabt. R. S.

Humoristischer Wandschmuck. Den englischen Architekten Vethaby schmerzt es, daß die meisten Menschen heute so mißvergnügt sind. Um diesem Uebelstande abzuwehren, empfiehlt er in einer Londoner Fachzeitschrift, die Tapeten unserer Wohnzimmer in leuchtenden und freudigen Farben zu halten und sie mit lustigen Bildern und komischen Szenen zu schmücken. Er weist dabei auf die reizenden farbigen Darstellungen hin, die man auf den Fußböden und an den Wänden der pompejanischen Häuser sieht, und er schwärmt von den vorzüglichen Bildern und Ornamenten, die die Renaissance und das Rokoko an die Wände zauberte.

Lichte, warme oder kühle Farben wirken zweifellos teils beruhigend, teils freudig anregend auf die Stimmung. Aber einerseits stumpft sich diese Wirkung mit der Zeit ab, und andererseits ist sie nie so stark, daß sie den Gemütszustand dauernd beeinflussen könnte. Ein Melancholiker wird auch in einem rosenrot tapezierten Zimmer nicht heiterer werden, und wer heute nicht weiß, wozu er morgen leben soll, dem wird auch der schönste himmelblaue Wandanstrich seine Sorgen nicht nehmen. Dasselbe gilt in noch höherem Maße für bildliche humoristische Darstellungen. Ein Bild, den man zum zweitenmal hört, wirkt nicht mehr, und das allfällige Bild muß den Beschauer schließlich langweilen, wenn er es ständlich vor sich sieht.

Die reichen Leute, die in der Renaissance- und Rokokozeit die Wände ihrer Paläste mit heiteren Stimmungsbildern und Ornamenten schmückten, kannten die Sorgen des Alltags nicht, und die fröhliche Zimmerzier entsprach ihrer allgemeinen Gemütsverfassung. Außerdem war das, was sie vor sich sahen, nicht eine fabrikmäßig hergestellte Tapete, sondern das Werk eines Künstlers. Und bei einem wirklichen Kunstwerk sprechen neben dem Inhalt immer noch andere Werte mit, die auf die Stimmung viel kräftiger einwirken und ihre Wirkung nicht so leicht erschöpfen wie das rein Stoffliche der Darstellung.

Wenn man die Wände unserer Schufzimmer mit heiter stimmenden Farben überzieht, so ist das zu billigen, denn es entspricht dem leichten und leicht zu beeinflussenden Sinn der Jugend. Als Wandanstrich oder -bekleidung von Wohnzimmern aber wird eine neutrale Farbe mit möglichst sparsamen ornamentalen Schmuck stets das empfehlenswertere sein. Sie schließt sich jeder heiteren oder traurigen Stimmung an und hat überdies den Vorzug, daß sie eine passende Grundfarbe für jeden farbigen Wandschmuck bildet, den man darauf befestigen will.

Klingers Riesengemälde „Christus im Olymp“ ist jetzt eingetroffen und im Klingersaal der Noabiter Ausstellung aufgestellt.



# Groß-Berlin

## Für die Avignon-Opfer.

Die Avignon-Kundgebung im Lustgarten hatte sich einer alle Erwartungen übersteigenden Beteiligung zu erfreuen. Der Aufmarsch erfolgte gruppenweise mit Musik. Tafeln mit Aufschriften befanden den Zweck der Demonstration und weithin über die Fläche leuchtete ein großes Schild, auf dem in Lapidarschrift die Worte standen: „Frankreich, gib die deutschen Kriegsgefangenen frei!“

Einige Minuten nach 11 Uhr war der Aufmarsch beendet. Bald darauf leitete das Lied: „Empor zum Licht!“ — vorgetragen von den SPD-Männerchören — den Beginn der Veranstaltung ein und die Redner begaben sich nach den im voraus bestimmten Plätzen. Es wurde von den Stufen des Reiterdenkmals, des Doms und des Museums herab gesprochen. Vom Museum aus sprach Erwin Sarantii, Reichstagspräsident Löbe und Prof. Schüding.

Genosse Löbe führte u. a. aus: Schon Jahre heißt die Heimat, ihre Lieben wiederzusehen. Eine rigorose Auslegung des Friedensvertrages hält sie zurück. Sie sollen 5 bis 20 Jahre im Zuchthaus sitzen wegen Vergehen, die aus der Kriegsnot geboren wurden. Das ist es nicht, um Verträge aus feilscher Zerrüttung handelt, hat man auch in Frankreich schon anerkannt, denn es sind 13 aus Bayern kommende Gefangene ohne weiteres entlassen worden. Zur Befreiung der Völker würde es beitragen, wenn der Präsident der französischen Republik nun auch alle anderen amnestieren und endlich der Heimat wiedergeben wollte. Nicht auf den Geist der Rache, sondern auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit wollen wir verweisen, an die Kulturation Frankreich wollen wir appellieren.

Eine an allen Redepulken verlesene Resolution, in der ausgesprochen wird, daß die im Lustgarten versammelten deutschen Männer und Frauen mit tiefer Betrübnis und in gerechter Enttäuschung Kenntnis davon genommen haben, daß jetzt noch 115 deutsche Kriegsgefangene in Frankreich zurückgehalten werden, obgleich Deutschland längst alle Kriegsgefangenen, auch die wegen gemeiner Verbrechen bestraften, entlassen hat, und die verlangt, daß die deutsche Regierung die Befreiung der deutschen Gefangenen fordern soll, wurde einstimmig angenommen.

Ein Lied der SPD-Männerchöre schloß die eindrucksvolle Demonstration.

Wie uns von anderer Seite berichtet wird, sollen sich die Ausführungen einiger Redner der Rechtsparteien leider wieder auf sehr bedenklichen Bahnen bewegt haben. Insbesondere die der Abgeordneten Sawerrenz und Dr. Fleischer. Beide sprachen unter großem Aufwand von parteipolitischen Demagogie.

Mit Bezug auf die Ausführungen des Freiherrn v. Lesener, der auch zu den Rednern zählte, schreibt uns Genosse Pfarrer Bieler: Was hat denn Freiherr v. Lesener getan der Bergemalung der belgischen und französischen Bevölkerung gegenüber, der Deportation der Frauen und Kinder von Lille gegenüber? Er kennt nur einen Schmachfrieden von Versailles — aber nicht einen solchen von Brest-Litovsk und Brest und stimmt andauernd Hahngelänge auf den Feindbund an. Darum sind meine Freunde und ich der Auffassung, keine nationale Einheitsfront mit diesen Kreisen, sondern die internationale Einheitsfront der Sozialen und Sozialisten allein kann uns die Gefangenen zurückgeben unter der Parole „Nie wieder Krieg“ auf dem Boden der Gerechtigkeit.

Bei unseren heutigen Professorensammlungen, auf die wir auf der ersten Seite hinweisen, sind folgende Genossen als Redner vorgehen: im Lehrervereinshaus: Krüger, M. d. L., in der Könnigsstadt-Brauerei: Adolf Braun, M. d. R., in den Spichernhöfen: Heilmann, M. d. L., in den Kammerjäten: Rob. Breuer und in Altem Jellfälen: Erich Kuttner, M. d. L.

## Notstandstarife für Zeitkarten.

Ueber die bereits angekündigte Herabsetzung der Preise der Monats- und Wochenkarten wird amtlich folgendes bekanntgegeben: Die zum 1. Juni d. J. im allgemeinen Verkehr in Kraft getretene Tarifherabsetzung, die für Monatskarten eine Berechnung nach 20 Teilsfahrten, die Wochenkarten eine solche nach zehn Teilsfahrten des Monatskartenpreises vorsieht, bleibt an sich bestehen. Mit Rücksicht aber auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes, die insbesondere die auf die Benutzung von Monats- und Wochenkarten angewiesene Bevölkerung trifft, hat der Reichsverkehrsminister die Einführung folgender Notstandstarife angeordnet: Die Monatskarten werden detail berechnet, daß ihnen nicht 20, sondern 16 Einzelfahrten im Monat zugrunde gelegt werden, so daß bei einer Benutzung zur Fahrt zwischen Wohnplatz und Arbeitsstätte an acht Tagen die übrigen Fahrten im Monat frei sind. Die Wochenkarten werden nicht zu zehn Dreißigsteilen, sondern zu sieben Achtundzwanzigsteilen des Monatskartenpreises berechnet. Diese Tarifherabsetzungen, die nicht über die Dauer der zurzeit bestehenden Wirtschaftslage hinaus gelten sollen, werden mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden. Mit Rücksicht auf die hierbei zu überwindenden technischen Schwierigkeiten werden aber die neuen Tarife nicht vor dem 1. September eingeführt werden können. Zum gleichen Zeitpunkt werden die auf anderen Grundlinien aufgebauten Zeitkarten der Berliner und Hamburger Vorortverkehrs, die am 1. Juli d. J. in Kraft traten, in dem gleichen Verhältnis ermäßigt werden, wie dies bei den Monats- und Wochenkarten des Fernverkehrs geschieht.

## Ehen „auf Scheidung“.

### Heiratschwindel mit gefälschten Geburtsurkunden.

Eine große Heiratschwindelaffäre spielt zurzeit von Berlin nach Leipzig hinüber. Die erste Verhaftung erfolgte bereits am 6. Mai. Schon damals wurde der Rechtskonsulent Ewald Haessler festgenommen, der in der Vorsichtsprache ein Rechts- und Detektiv-Büro betreibt. Die weiteren Ermittlungen wurden von der Berliner Kriminalpolizei sofort aufgenommen und in Verbindung mit der Leipziger Behörde durchgeführt. Sie sind auch jetzt noch nicht ganz abgeschlossen. Bisher wurden weiter verhaftet ein Vorlesungsvermittler Danziger, ein früherer Apotheker Wolff und eine Malerin Frau Anna von Hohendorf, die seit längerer Zeit Heiratsvermittlungen betrieb. Wieviele Ehen mit falschen Dokumenten „gleich auf Scheidung“ geschlossen worden sind, steht heute noch nicht fest. Ueber 20 Fälschungen sind bereits aufgedeckt. Es bedarf noch weiter der Untersuchung, wie weit die Schwindelerei bereits zurückliegen. Die Verhaftungen erfolgten zum Teil in Leipzig, zum Teil in Berlin. Hier hatte einer der Beteiligten unter einem falschen Namen in einem Vorortsanatorium eine Unterchlupf gefunden. Er wurde aber schon vor Wochen ermittelt und festgenommen. Die Schwindelerei wurden mit gefälschten Geburtsurkunden und Ständesammlungen betrieben, die sich die Gauner in Berlin anfertigen ließen. Die „Kamenschen“ zustande zu bringen, wurde dem Konsortium nicht schwer, denn obliche Namen werden auch in der Republik von vermögenden, heiratungsfähigen Damen noch gesucht.

## Fest im „Lindenhof“.

In dem Berliner Erziehungsheim „Lindenhof“ zu Lichtenberg wurde aus Anlaß des im „Vorwärts“ schon erwähnten Jubiläums am gestrigen Sonntag eine Feier veranstaltet.

# Hölz vor Gericht.

Am heutigen Vormittag hat der Prozeß gegen Hölz begonnen. Das äußere Bild ist folgendes: Vor dem alten Kriminalgerichtsgebäude in Moabit patrouillieren zahlreiche Beamte der Schutzpolizei mit umgehängten Karabinern und halten alle Neugierigen vom Gebäude fern. Wer keine Vorladung oder eine Eintrittskarte hat, wird erbarmerlos zurückgewiesen. Am Eingang zum kleinen Schwurgerichtssaal findet eine nochmalige Kontrolle und eine eingehende Leibesvisitation nach etwaigen verborgenen Waffen statt. Um 10<sup>15</sup> Uhr betritt Hölz, eskortiert von Polizeibeamten in Begleitung seines Anwalts, Rechtsanwalt Hegerwisch-Celle, den Saal. Hölz hatte sich barhäutig gemeldet, nur in Begleitung von Schutzpolizisten den Gang zum Gericht anzutreten, weil er befürchtete, unterwegs niedergeknallt zu werden.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Dr. Braun erfolgt zunächst der Aufruf der Zeugen. Von den insgesamt geladenen 70 Zeugen sind für den heutigen ersten Tag nur 10 bestellt, die auch nicht alle erschienen sind. Als Sachverständige sind erschienen die Gefängnisärzte Dr. Hirsch und Bänder, sowie Medizinalrat Dr. Sörmer. Dem Angeklagten stehen außer Rechtsanwalt Dr. Hegerwisch noch die Berliner Justizräte Dr. Broh und Dr. Fränkel zur Seite. Die vom Staatsanwalt Dr. Jäger vertretene Anklage wirft Hölz etwa

### 50 einzelne Straftaten

vor, von denen 18 Schwereverbrechen darstellen. U. a. werden ihm folgende Straftaten zur Last gelegt: Mord, Totschlag, Landfriedensbruch, Hochverrat, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe, Störung des öffentlichen Friedens, räuberische Erpressung, schwerer Raub, Brandstiftung, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und Transportgefährdung. Alle diese Straftaten beziehen sich lediglich auf die Tätigkeit Hölz' in Mitteldeutschland im März dieses Jahres. Wegen seiner Verbrechen im Vogtlande im vorigen Jahre wird er sich vor dem Plauener Schwurgericht zu verantworten haben.

Hierauf wird der Angeklagte zu seinen Personalien vernommen. Hölz: Wann sind Sie geboren? Hölz: Ehe ich die Frage beantworte, möchte ich eine Erklärung abgeben. In der Voruntersuchung habe ich jede Aussage abgelehnt. Wenn ich mich jetzt trotzdem zu der Anklage äußere, so geschieht das nicht, weil ich mein Prinzip geändert habe, sondern aus tatsächlichen Gründen. Ich stehe hier nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger gegen die menschliche Gesellschaft. Wenn Sie über mich zu Gericht sitzen, so haben Sie es nur dem Umstände zu verdanken, daß Sie noch die Macht und damit das Recht besitzen. Hölz: Wann sind Sie also geboren? Hölz: Am 14. Oktober 89 in Moritz bei Riesa. Hölz: Wer ist Ihr Vater und mit wem sind Sie verheiratet? Hölz: Darüber verweigere ich die Aussage. Hölz: Sie haben gebürt, was Ihnen zur Last gelegt wird. Vorläufig will ich jedoch nur den allgemeinen Teil erörtern. Wie haben Sie also angefangen und wie sind Sie zu Ihren Handlungen gekommen? Hölz: Am 21. März hörte ich in Berlin, wo ich mich damals befand, daß der Generalstabschef in Mitteldeutschland proklamiert worden war. Ich beschloß darauf hinzugehen und mich den Genossen zur Verfügung zu stellen. Hölz: Ihre Leute haben in Kloster Ransfeld angefangen. Stimmt das? Hölz: Das weiß ich nicht. Hölz: Was haben Sie nun zuerst getan? Hölz: In den ersten Stunden der Aktion habe ich in Verammlungen gesprochen. Hölz: Was haben Sie da erklärt? Hölz: Darüber verweigere ich die Aussage. Hölz: Hier liegt nun ein

### Aufruf mit Ihrer Unterschrift

Aufruf mit Ihrer Unterschrift vor. Ist die Unterschrift richtig? Hölz, dem der Aufruf vorgelegt wird, erkennt seine Unterschrift an. — In dieser Proklamation fordert Hölz die deutschen Arbeiter auf, zu ihm zu eilen, Sipo und Reichsmehr zu entwaffnen, Bräuden zu sprengen, die Eisenbahnen zu zerstören und die Bourgeoisie, wenn sie Widerstand leistet, abzuschlachten. Ferner wird ein von Hölz unterzeichneter Aufruf zur Verbannung des proletarischen Standrechts verlesen. Hölz: Was verstehen Sie denn darunter? Hölz: Das proletarische Standrecht ist der Gegensatz zur Diktatur des Kapitals. Hölz: In diesem Aufruf heißt es, daß die Bürger der von Ihnen besetzten Orte

### erschossen oder abgeschlachtet

werden sollen, wenn Sipo oder Reichsmehr die Ortschaften einzunehmen versuchen. Sämtliche in den Händen von Bürgern befindlichen Waffen sind der militärischen Oberleitung abzuliefern. Wer aber denn die militärische Oberleitung? Hölz: Darüber verweigere ich die Aussage. Hölz: Geben Sie zu, daß Sie eine Kundgebung an die Braunschweiger Genossen erlassen haben, in denen diese aufgefordert werden, sich der Mitteldeutschen Bewegung anzuschließen? Hölz: Dieser Aufruf erfolgte mit meiner Einwilligung. Ich betenne mich zu diesen Proklamationen und ich betenne auch, daß darin von Tötung und Abschlachtung der Bourgeoisie gesprochen wurde. Allerdings handelte es sich hier

### nur um Drohungen.

Im Ernst dachten wir natürlich nicht daran, Bürger zu töten. Zum Beweis hierfür möchte ich auf die Vorgänge 1920 im Vogtland verweisen. Bei den Kämpfen in Mitteldeutsch-

land war uns allen klar, daß es hier sich nicht um den Endkampf zwischen Proletariat und Kapitalismus, sondern um das Vorpostengefecht handelte. Deshalb haben wir von Gewalttätigkeiten abgesehen. Wir erreichten durch unsere Drohungen, daß uns das gegeben wurde, was wir verlangten. Hölz: Sie sagen, Sie haben die Drohungen nicht ernst gemeint. Nun sind doch aber ein Mord bzw. Mordversuche geschehen. Sie haben doch, wie Zeugen sagen, auf den Kaufmann Hildebrandt aus Berlin, als er in Eisbeeren am Fenster stand, vier Schüsse abgegeben, von denen ihn einer in den Oberarm traf. Sie sollen doch fernere

### Gutsbesitzer Hef von hinten erschossen

haben? Angekl.: Das wird behauptet und es wird ja so viel behauptet. Hölz: Sie sollen auch auf die Kinder des Zeugen Meyer geschossen haben, allerdings ohne sie zu treffen. Angekl.: Das wird sich ja alles herausstellen. Hölz: Sie haben aber doch verächtlich Gewalt größter Art angewendet? Angekl.: Ich nenne das nicht Gewalt. Es ist richtig, wir haben requiriert, d. h. der Bourgeoisie Geld abgenommen. Das ist aber nicht geplündert. Wir hatten die absolute Herrschaft und Gewalt und wir mißbrauchten sie nicht. Dann aber wurde uns gemeldet, daß sich die Lage der „Roten Armee“ sehr verschlechtert habe. Ich ließ deshalb bekanntmachen, daß wir, wenn die Reichswehr ihren Vormarsch nicht einstellen würde, gezwungen wären, die Bourgeoisie ohne Unterschied abzuschlachten, und wenn wir schon aus dem Leben gehen müßten, so wollen wir wenigstens einen Teil der Bourgeoisie mitnehmen.

Hölz: Wir haben hier einen mit roter Tinte geschriebenen Zettel folgenden Inhalts: „Wenn die Sipo in 5 Minuten die Waffen abgibt, darf sie unbehelligt abziehen, andernfalls“

### geht die ganze Stadt in Trümmer.

Hölz: Dieser Zettel bezieht sich auf Heßstedt. Als ich diesen Zettel schrieb, hatten die Sprengungen des Bahnhofs und anderer Gebäude schon längst stattgefunden. Ich schickte mit dem Zettel eine bürgerliche Frau, welche durch die Sprengungen schon völlig verunstaltet war, zu der Sipo und der Bourgeoisie, um zu erreichen, daß diese

### nach mehr eingeschüchert

werde und nichts gegen uns unternimmt. Tatsächlich konnten wir nach einer Stunde abziehen. Hölz: Ich habe hier ferner einen „Befehl an den Aktionrat“. Es heißt darin: „Es sind sofort alle wehrfähigen Männer durch Musterung und Aushebung zusammenzubringen, insbesondere Mg.-Schützen. Die Aktionäre müssen sofort alle Waffen an sich reißen und mit Waffengewalt verteidigen usw. Die militärische Oberleitung: Mar Hölz.“ — Waren Sie Soldat? Angekl.: Jawohl, ich war als Husar eingezogen und wurde im Feinde Weidener bei einer Infanteriebrigade. Bei Tiens wurde ich durch Artilleriefeuer vermisst. Der Vorgesetzte hält dem Angeklagten

### mehrere sogenannte Requisitionsscheine,

u. a. über 500 Zigaretten, 1500 Zigaretten, Pfefferminzbonbons, vor und weil stich im Anschluß hieran darauf hin, daß im Gefängnis ein gewisser Bergschmidt erklärt habe, Hölz sei gar nicht der Hauptmacher beider ganzen Sache, sondern ein gewisser Kruse. Die ganze Sache gehe von Kruse aus; Kruse habe eine Million in Gold für die Aktion in Deutschland hergegeben. Angekl.: Unsere Aktionen waren von keiner Partei, weder von der SPD, noch von der Exekution der 3. Internationale inszeniert worden. Die ganze Situation war durch die Provokation von Hering geschaffen, welche den Widerstand in der Arbeiterschaft erzeugte, und wir haben diesen Widerstand weiter geschürt. Hölz: Haben Sie die Ausführungen des Dr. Lepp nicht gelesen. Der ist anderer Meinung. Angekl.: Das ist eben eine andere Meinung. Hölz: Sie sagen, Sie wollten in Mitteldeutschland die Herrschaft des Proletariats aufrichten? Angekl.: Sowohl. Das war meine Absicht. Ich will hierbei meine Auflösung von der ganzen Anklage dahin erläutern, daß ich in der letzten Meinung bin, daß der Teil der Anklage, der von Norden spricht, künstlich konstruiert ist. Die Zeugen, welche über angebliche Morde etwas sagen, sind gekaufte Zeugen. Staatsanw.-Rat Dr. Jäger: Vielleicht kann uns der Angeklagte sagen, wer diese Zeugen „gekauft“ haben soll; ich jedenfalls nicht. Justizrat Dr. Broh: Ich möchte bei dieser Gelegenheit gegen eine Notiz protestieren, die sich zum ersten Male in der Kriminalgeschichte Deutschlands ereignet hat. Ich meine den Aufruf, nach welchem sich gegen Belohnung Zeugen melden sollten, welche gegen Hölz auszusagen könnten. Etwas derartiges ist eine Infamie. Deshalb kann der Angeklagte auch von gekauften Zeugen sprechen.

Staatsanw. Dr. Jäger protestiert gegen diese Ausführungen. Die Polizei habe gar keinen Preis ausgesetzt für solche Leute, die etwas gegen Hölz aussagen wollen, sondern nur dafür, daß die Leute sich überhaupt als Zeugen melden sollten, denn es ist doch klar, daß sich Zeugen mit Rücksicht auf den Druck und den Terror, der gegen sie ausgeübt wird und wurde, nur sehr schwer bereit finden, sich zu melden.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet. Es folgen die Gutachten der medizinischen Sachverständigen.

### (Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Leben bringen wollen. Sie wurden in hilflosem Zustande nach einem Krankenhaus geschafft. Der Beweggrund zu der Tat ist noch völlig in Dunkel gehüllt.

Mißglückter Fluchtversuch. In der vergangenen Nacht gegen 12<sup>15</sup> Uhr versuchte die 17jährige Käthe Sissenbach, die in der Fürstorge-Anstalt in der Tauroggerer Straße untergebracht war, aus der Anstalt zu flüchten, obgleich sich ihr Aufsichtsbauern im vierten Stockwerk befand. Sie band zu dem Zwecke vier Bettbezüge, ein Bettlaken, mehrere Decken und ein etwa drei Meter langes Seil zusammen und versuchte, auf die Straße hinabzuklettern. Als sie sich erst wenige Meter hinabgelassen hatte, riß das zusammengeknotete „Seil“ und die Leichtsinngige stürzte aus beträchtlicher Höhe in die Tiefe, wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieb. Sie fand im Krankenhaus Aufnahme.

Einschränkung der Pfennigrechnung. Die Pfennige, die bei den Gehaltszahlungen abgerundet wurden, müßten bisher für jeden Empfänger und jede Besoldungsgruppe besonders in den Zahlungslisten, den Nachweisungen und Jahresrechnungen nachgewiesen werden. Zur Vereinfachung der Geschäfte und Ersparnis von Arbeit hat jetzt der Reichsminister der Finanzen sich damit einverstanden erklärt, daß der Nachweis dieser Abrundungsbeträge wegfällt. Nur noch die Gesamtsumme der Abrundung ist dem Grundgehalt am Schlusse des Besoldungsbeschlusses mit der Bezugszahlungsabrundungsbetrag zuzusetzen.

Ein Nordbuch für die Provinz Brandenburg ist soeben im Verlag von Julius Nebling, Berlin SW 11, erschienen. Mit 3 Plänen: 3,50 M. Es enthält den Berliner Vorortverkehr in praktischer und ganz ausführlicher Darstellung, sämtliche Haupt-, Neben- und Kleinbahnen der Provinz Brandenburg sowie der Verbindungen nach Nord-, Ost- und Mitteldeutschland. Und die Kraftwagenverkehren in der Provinz Brandenburg sind mit aufgenommen. Dringend wünschenswert wäre es allerdings, daß der Nebling endlich unter Brandung von einigen Seiten dazu überginge, die Vorortfahrpläne vollständig abzurufen. Die seit Jahrzehnten noch immer übliche Form macht ein schnelles Orientieren unmöglich und verweist wohl aber aber immer wieder auf den bahnamtlichen Fahrplan.

Dem Oesterreichisch-Deutschen Sommerfest im Zoo wird eine Ansprache des Reichstagspräsidenten Löbe Bedeutung geben. Unter der Leitung des Reichstagspräsidenten Löbe werden zahlreiche bekannte Familien im Park aufzutreten und das heilige Wienische bringt der „Gente“ in der Waldschenke. Der gesamte Reinertrag des Festes dient der Förderung der Antischwundbewegung. Karten zu 75 und 100 M. in den großen Markthallen usw.



